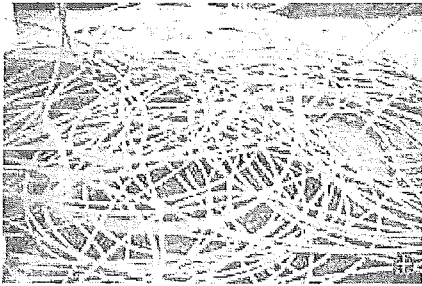


Kommunikation

In Eigenregie zum Breitbandanschluss

Von Markus Schäfer



Welt am Draht: Über Glasfaser-Kabel können Datenströme in hohem Tempo geleitet werden. Um diese schnelle Anbindung an das weltweite Netz auch in ländlichen Regionen zu erhalten, greifen in Hessen Landkreise zur Selbsthilfe.

29. März 2010 Das Internet ist das Medium der Zukunft. Doch vor allem im ländlichen Raum sind leistungsfähige Breitbandanschlüsse längst nicht überall verfügbar. Das stört nicht nur private Internetnutzer. Auch für viele Unternehmen ist der Anschluss ans Netz bei der Standortfrage von Bedeutung. Zwar hat die Deutsche Telekom die Pflicht, überallhin ein Telefonkabel zu verlegen. Eine rechtliche Verpflichtung, Breitbandanschlüsse flächendeckend anzubieten, gibt es aber nicht. Weil der Ausbau den großen Internetanbietern vielerorts nicht profitabel erscheint, bleiben ländliche Regionen bei der Breitbandversorgung oftmals auf der Strecke.

Um das zu verhindern, gehen Landkreise mehr und mehr dazu über, leistungsfähige Netze in Eigenregie aufzubauen. Eine Vorreiterrolle nimmt der Odenwaldkreis ein. „Unser Konzept steht“, sagt Jürgen Walther, Geschäftsführer der Odenwald Intranet GmbH. Die großen Anbieter, sagt Walther, seien gar nicht in der Lage, den Netzaufbau zu gewährleisten, weil deren Aktionäre meist auf kurzfristige Rendite innerhalb weniger Jahre schielten. „Uns reicht ein Return of Invest in 15 Jahren aus“, erläutert Walther. „Wir nehmen das Heft jetzt dort selbst in die Hand, wo die freie Marktwirtschaft versagt hat.“

Kein Zuschuss vom Land

Über ein Jahr arbeiten Landkreis, Städte und Gemeinden im Odenwald nun schon an den Plänen. Herausgekommen ist ein Projekt, das sich ohne Zuschüsse tragen wird und mit der hessischen Landesregierung abgestimmt ist, wie Walther sagt. Breitbandanschlüsse würden künftig wie Gas, Wasser oder Müllabfuhr als Teil der staatliche Daseinsvorsorge aufgefasst. „Wir konnten nachweisen, dass hier Marktversagen vorliegt“, sagt Walther. Der Antrag des Kreises werde jetzt noch von der EU geprüft. Stimme Brüssel den Plänen zu, solle das Vorhaben als Modellprojekt für ganz Hessen starten. Die Idee klingt einfach. Überall dort, wo ohnehin gegraben wird, sollen künftig gleichzeitig Leerrohre verlegt werden. Zusätzliche Kosten, sagt Walther, gebe es so fast nicht. In den Plastikrohren würden schnelle Glasfaserleitungen für die notwendigen Übertragungsgeschwindigkeiten sorgen.

„Und sollte irgendwann ein neues Medium entdeckt werden, das besser leitet als Glasfaser“, sagt Walther, „können wir das dank der Leerrohre leicht einsetzen.“ 21 Millionen solle das Vorhaben kosten. Die Finanzierung sei über Banken- und Landesbürgschaften gesichert. Wie beim Schienennetz der Bahn schon länger üblich, würden auch beim Breitband in Zukunft Netzbesitzer von Netzbetreibern getrennt. Die großen Internetanbieter hätten schon signalisiert, dass sie die bessere Infrastruktur für ihre Angebote gerne nutzen würden. Von diesen Betreibern würden dann Nutzungsgebühren erhoben, die so zur Refinanzierung des Projekts beitragen.

300 Kilometer Glasfaserkabel

Zunächst, sagt Walther, werde die vorhandene Infrastruktur der Telekom genutzt. Die neuen Leitungen würden bis an die grauen Telekom-Schaltkästen heran gelegt, eigene Schaltkästen nebenan installiert. Von dort aus werde der Datenstrom über die traditionellen Kupferleitungen der Telekom weiterverbreitet. Das Signal werde dadurch zwar etwas verlangsamt. „Aber ansonsten“, erläutert Walther, „müssten wir ja die Vorgärten der Leute aufgraben.“

Stimmt Brüssel zu, sollen innerhalb von 18 Monaten 300 Kilometer Glasfaserkabel verlegt werden. Für 97 Prozent der Odenwälder Haushalte wären dann Übertragungsgeschwindigkeiten zwischen 25 und 50 Megabit pro Sekunde gewährleistet. Und auch bei den restlichen drei Prozent gebe es keine Versorgungslücke, sagt Walther. Wegen technischer Einschränkungen müsse dort aber mit niedrigeren Geschwindigkeiten gerechnet werden.

Flächendeckende Versorgung

Sowohl Bundesregierung als auch Landesregierungen und Kommunen haben sich das Ziel einer flächendeckende Versorgung mit schnellen Breitbandanschlüssen auf die Fahnen geschrieben. Was genau unter einem Breitbandanschluss verstanden wird, ist dabei reine Definitionssache. Nach einem Plan des Bundeswirtschaftsministeriums sollen 2014 drei Viertel aller deutschen Haushalte an Netze mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde angeschlossen sein. Aktuell sind die Ansprüche noch deutlich geringer: Für die Telekom liegt die Geschwindigkeit einer Breitbandverbindung schon bei 384 Kilobit pro Sekunde, Bundesregierung, und die hessische Landesregierung legt die Messlatte bei einem Megabit pro Sekunde an.

Für Walther gehören solche Übertragungsraten schon heute der Vergangenheit an. „Der Endverbraucher wird hier veräppelt“, sagt er. Gerade vor Wahlen würden gerne Statistiken präsentiert, die eine bessere Versorgung mit Breitbandanschlüssen vorgaukelten. Um im ländlichen Raum gleiche Chancen zu gewährleisten, seien schnellere Anschlüsse zwingend notwendig. Aktuelle Berechnungen gingen davon aus, dass sich der Datentransfer allein in den nächsten drei bis fünf Jahren nochmals um 500 bis 800 Prozent erhöhen werde. „Meine Aufgabe ist es ja nicht, die Leute mit Filmen und der Fußballweltmeisterschaft zu versorgen“, sagt Walther. „Aber wenn ein Gesundheitszentrum im Odenwald komplexe Patientendateien nicht verschicken kann, dann ist das schon problematisch.“

Je abgelegener, desto teurer der Anschluss

Bei der Deutschen Telekom ärgert man sich, dass der Konzern bei der Frage der Breitbandversorgung im ländlichen Raum immer wieder in der Kritik steht. „Es gibt keine gesetzliche Regelung. Jeder der möchte, kann sich engagieren“, sagt ein Sprecher. Die Deutsche Telekom habe in den vergangenen Jahren in ganz Deutschland zehn Milliarden Euro in Breitband investiert, auch auf dem Land. „Wir bauen dort aus, wo Wettbewerber winkend vorbeifahren.“ In den nächsten drei Jahren werde der Konzern noch einmal zehn Milliarden Euro in den Ausbau stecken. „Aber nicht alles, was technisch möglich ist, ist eben auch rentabel.“ Allein die Kosten für die Verlegung von Glasfaserkabel lägen bei 50 000 Euro pro Kilometer. Je abgelegener eine Gegend, desto teurer sei auch der Internetanschluss.

Vor ein paar Wochen hat Walther sein Projekt im Landkreis Darmstadt-Dieburg vorgestellt. Dort hat Landrat Klaus Peter Schellhaas (SPD) die Breitbandversorgung zur Chefsache erklärt. Eine Umfrage bei den Kommunen habe sehr unterschiedliche Voraussetzungen innerhalb des Landkreises offenbart. Einige Gemeinden seien relativ gut angebunden, bei anderen gebe es Lücken und wieder andere seien so gut wie gar nicht ans Netz

angeschlossen. „Die großen Anbieter lassen uns im Regen stehen“, sagt Schellhaas. Marktversagen festzustellen und die Breitbandversorgung als Bestandteil der Daseinsvorsorge zu etablieren, sei die Voraussetzung, um als Kreis tätig werden zu können. „Unser Ziel ist ein kreiseigenes Netz.“ Ginge es nach ihm, werde der Startschuss dafür schon Ende dieses Jahres erfolgen, so der Landrat. Zunächst werde aber eine Arbeitsgruppe unter Einbindung aller Bürgermeister ein Konzept zur Finanzierung und technischen Umsetzung der Pläne erarbeiten. „Meine Priorität wäre schon, das mit dem Odenwald zusammen zu machen“, sagt Schellhaas.

„Uns stehen die Firmen auf den Füßen“

Zuletzt, sagt Walther, habe er sich schon etwas gewundert, dass der Nachbarkreis beim Thema Breitband auch medial vorgeprescht sei: „Wir halten uns da in der Öffentlichkeit eher zurück, weil wir das Projekt vor der EU-Entscheidung nicht gefährden wollen.“ Ein Grund für die offensivere Medienpolitik könnte dabei sein, dass die regionale Wirtschaft beim Thema Breitband den Druck auf die politischen Akteure zunehmend erhöht. „Uns stehen die Firmen auf den Füßen“, gibt Schellhaas zu. Und auch Walther steht in Kontakt mit Unternehmen, die schon laut über einen Wegzug nachgedacht haben, sollte sich die Situation in der Region nicht grundlegend verbessern.

In Gebieten ohne Internetanbindung seien viele Immobilien schon jetzt kaum mehr zu vermarkten, sagt Walther: „Wer mietet denn heute noch eine Wohnung ohne Internetanschluss?“ Behördengänge würden immer häufiger online angeboten, Unternehmen ließen ihre Mitarbeiter von zu Hause aus arbeiten. Aber ohne die technischen Mittel sei das alles auf dem Land schlicht unmöglich. „Wir wollen echte Chancengleichheit“, sagt Walther.

Zusammenarbeit über Kreisgrenzen

Im Hochtaunuskreis heißt es, eine Nachfrage bei den Städten und Gemeinden habe ergeben, dass sich die meisten gut versorgt fühlten, akuten Handlungsbedarf sehe man daher nicht. Allerdings liege die Umfrage mittlerweile auch schon einige Monate zurück. „Vielleicht war damals das Ausmaß noch nicht allen klar“, sagt Silvia Koch. Sie leitet den Fachbereich Bau, Planung und Umwelt der Gemeinde Weilrod und ist seit kurzem mit dem Thema Breitband betraut. Weil eine Initiative ihres Kreises ausblieb, hat sich die Gemeinde einer kreisübergreifenden Kooperation angeschlossen, die unter anderem Bad Camberg und Waldems umfasst.

Von einem umfassenden Konzept ist man hier allerdings noch weit entfernt. Ein privates Unternehmen aus Dieburg solle nun zunächst den Bedarf ermitteln und erste Lösungskonzepte erarbeiten, erläutert Koch. „Wir stehen vor der Frage: Reicht uns eine Mindestversorgung aus oder ist eine zukunftssträchtige Lösung der bessere Weg?“ Entscheidend sei auch, wie das Ganze finanziert werden könne. „Beim Thema Breitband“, sagt Koch, „müssen wir jetzt klären, wo wir hinwollen.“